

Der Bundesrat präsentiert neue Sparmassnahmen

Dem Bund fehlen nächstes Jahr

600 Millionen Franken

MATTHIAS VENETZ, BERN

Finanzministerin Karin Keller-Sutter verliert keine Zeit. Allerdings hat sie die auch gar nicht. Im Frühjahr hat das Parlament zwar das Entlastungspaket 2027 für die Bundesfinanzen verabschiedet. Zuvor aber hatten es National- und Ständeräte aller Parteien gehörig eingedampft. Um insgesamt mehr als einen Drittel.

Um Defizite in der Bundeskasse zu verhindern und die Schuldenbremse einzuhalten, wollte Keller-Sutter das Bundesbudget in den kommenden Jahren ursprünglich um 2,4 bis 3,1 Milliarden Franken entlasten. Davon sind je nach Jahr nur noch 38 bis 42 Prozent übrig geblieben. Am Ende der Session erklärte die Finanzministerin deshalb kurz und knapp: «Wir sind mit der Arbeit noch nicht fertig.»

Kurzfristige Kürzungen

Im kommenden Jahr fehlen im Haushalt des Bundes ungefähr 600 Millionen Franken, das entspricht 0,6 Prozent der Gesamtausgaben. Am Ende der Frühjahrssession war deshalb bereits klar, dass das Parlament schon gegen Ende des laufenden Jahres erneut über Abstriche im Haushalt diskutieren muss. Aller spätestens bei der jährlichen Budgetdebatte. Am Mittwoch hat die Finanzministerin nun bereits eine Reihe von Massnahmen präsentiert.

Die Debatten zum Entlastungspaket haben es deutlich gezeigt: Für fast jeden Budgetposten findet sich in Bern eine Interessengruppe, die geplante Kürzungen verhindern will. In einer Mitteilung hält der Bundesrat am Mittwoch deshalb fest, das Parlament habe bereits «breit» über entsprechende Massnahmen diskutiert und «diverse» abgelehnt. «Das Potenzial für weitere gezielte Massnahmen ist daher beschränkt.» Das bedeutet, kurzfristige Kürzungen, wie sie der Bundesrat nun vorschlägt, könnten sich in den nächsten Jahren wiederholen.

«Gut dotierte Fonds» anzapfen

Konkret will der Bundesrat nun Reserven von «gut dotierten Fonds» anzapfen, wie er in seiner Mitteilung etwas vage schreibt. Gemeint sein dürften dabei die Fonds für die Bahninfrastruktur und die Regionalentwicklung. Betroffen sein dürften auch «bundesnahe rechtlich selbständige Einheiten» wie der ETH-Bereich, die SBB oder die Post. Eine weitere Massnahme betrifft die Forschungs- und Innovationsförderung. Da die Schweiz mehr Gelder für Programme der EU ausgibt, plant der Bundesrat zudem Kürzungen bei nationalen Alternativen.

Verzichten muss auch das Personal des Bundes. Die Gelder für den geplanten Teuerungsausgleich für Bundesangestellte werden um 30 Millionen Franken gekürzt. Weitere Einsparungen sieht der Bundesrat bei sogenannten «schwach gebundenen Ausgaben» vor. Diese Einsparungen um 1 Prozent – was gut 300 Millionen Franken entspricht – entfallen auf die geplanten Ausgaben für die Verwaltung, die Entwicklungshilfe, den Bildungsbereich und die Landwirtschaft.

Überprüfung im Sommer

Zurzeit geht der Bundesrat nicht davon aus, dass die fehlenden Gelder durch «allfällige höhere Einnahmen», also mehr Steuererträge, ausgeglichen werden können. Bis Ende Juni werden allerdings neue Prognosen zur Konjunktur und zu den Steuereinnahmen vorliegen. Dann will der Bundesrat die Situation erneut analysieren und die am Mittwoch beschlossenen Massnahmen auf ihre Notwendigkeit überprüfen.

Als gesichert gilt aber schon heute: In der Budgetdebatte vom kommenden Dezember ist es leichter, sich gegen Einsparungen zu wehren, als sich auf ein Budget zu einigen.